

Die A m e i s e .



Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan-u. verwand. Arbeiter beiderl. Gesch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserats ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin 80., Engelsstr. 15 II.

Nr. 25.

Berlin, den 21. Juni 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Gräfenroda (E. Romelt, vormals Heyer u. Co.), Mannheim (Stern), Roda (Fischer u. Wandorf), Tüllowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Ueckendorf in Westfalen (Firma Grässel u. Co.), Begefaß.
Der Vorstand.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Wenn auch nicht gerade in vielen Fabriken innerhalb der Porzellanerei, so finden sich doch in einigen „zum Besten der Arbeiter“ geschaffene Einrichtungen, über die bei geeigneter Gelegenheit die Unternehmerpresse nicht genug Mühe vom Stapel läßt. So lasen wir kürzlich im „Sprechsaal“ eine Korrespondenz über eine neue Wohlfahrtseinrichtung in der Porzellanfabrik Stadtlengsfeld.

Die Besitzer dieser Fabrik haben schon einige Male bei Differenzen, die zumeist wohl ihre Ursache in dem Verhalten von ungeeigneten Vorgesetzten der Arbeiter hatten, bewiesen, daß sie bestrebt sind, mit den Arbeitern in gutem Einvernehmen zu leben. Die Differenzen oder solche etwa im Gefolge habenden Vorkommnisse sind durch das Anrufen der Inhaber und deren persönliches Eingreifen aus der Welt geschafft worden und nichts liegt uns ferner, als daß wir nun etwa das Bestreben der Inhaber der Lengsfelder Fabrik, ihren Arbeitern etwas zu ihrer Wohlfahrt Dienendes zu schaffen, heruntersehen wollten. Obgleich der die Korrespondenz verfaßt habende Schreiber an einer Stelle schreibt, die Inhaber hätten große Opfer zum Wohle der Arbeiter gebracht und es müßte dies aber auch die gebührende Anerkennung finden. In was die „gebührende Anerkennung“ bestehen soll, wird nicht gesagt und man kann folgedessen darüber denken, was man will.

Ganz im Allgemeinen aber mit einigen Sähen der Wohlfahrtseinrichtungen zu denken, dürfte einmal an die Frage einfallen, wie man die durch solche Wohlfahrtseinrichtungen von dem Unternehmer bewiesene

„Wohltätigkeit“ in Fabriken antreffen, die in einem Orte oder einem Platz liegen, der abseits von den Wohnstätten der Arbeiter liegt. Die Arbeiter haben, wenn sie ihre Waare Arbeitskraft an den Mann bringen wollen, stunden, meilenweit zu gehen oder zu fahren; sie müssen sich ihre leiblichen Bedürfnisse im Schnappschuß mitnehmen, haben des Mittags nicht Gelegenheit, etwas „Warmes“ zu sich zu nehmen. Ja, es kommt ja auch vor, daß der Arbeiter nicht jeden Abend zu Hause kann, sondern allwöchentlich, alle Sonnabende erst sich zu Hause zu Frau und Kindern begeben und nur einmal in der Woche am häuslichen Herd weilen kann. Das ist sicher nichts Angenehmes und der Arbeiter wird eine Arbeit am Wohnorte, bei der er seinen Lebensunterhalt erwerben kann, vorziehen. Der abseits, aus perulären, oft auch kommerziellen Gründen, seine Fabrik erbauende Unternehmer braucht aber Arbeiter, er muß versuchen, wenigstens einigermaßen dafür zu sorgen, daß der Arbeiter, wenn auch keinen Ersatz, so doch halbwegs einen Unterstand findet, wo er seine nun einmal doch notwendigen leiblichen Bedürfnisse befriedigen kann. Nicht immer werden die Einrichtungen derart sein, daß z. B. die Kocheinrichtungen, wie in Lengsfeld, die Bezeichnung „herrschastliche Küche“ verdienen; uns kommen da immer noch die Strohsäcke ins Gedächtnis, die in Deslau und ähnlichen Fabriken, den die Nacht über in den Fabriken kampirenden Arbeitern zur Verfügung gestellt worden sind.

Das Wohltätigkeitsgefühl kommt bei unseres Erachtens wohl wenig in Betracht, man ist einfach gezwungen, wenn man Arbeiter braucht, etwas zu thun, um diese einigermaßen zu halten — um das Unternehmen, das „selber“ noch immer nicht ohne Arbeiter statt nur mit Maschine arbeiten kann, rentabel zu machen.

Wir wollen zugeben, daß bei geeigneter Art und Weise ein gewöhnliches Mittagsmahl für einen Arbeiter (wir brauchen dabei wohl nicht zu betonen, daß Kinderfleisch, Kalbsbraten etc. mit dem Vor- und Nachspeisen nicht in Betracht kommen) ebenfalls Hunger hergesteuert werden kann, wenn größere Mengen auf einmal gefressen, hergerichtet werden, oft müßten sich unsere Hausfrauen, wie in

Restaurant ein Gericht zu dem ungelegten Preise hergestellt werden kann, während, wenn sie es im Haushalt machen sollen, es ihnen bei den „theuren Fleischpreisen“ schier unmöglich ist. Aber, wie der Korrespondent des „Sprechsaals“, anlässlich der Eröffnung der Lengsfelder Wohlfahrtseinrichtung, schreibt: „Ein gesundes und kräftiges Essen, Fleisch und Bispette, Gemüse für 20 Pf.“ erhältlich ist, na, das kräftige Essen hat der Herr wohl nicht selbst gegessen oder es war vielleicht gerade am Eröffnungstage „kräftig“.

Wir wollen, wie gesagt, an den Lengsfelder Einrichtungen nicht kritisieren, kennen wir sie doch nicht vom Augensehen, und auch von dortigen Verussagen haben wir darüber noch nichts gehört, aber etwas „arsgeschmitten“ ist es bezüglich des 20 Pf.-Mittagsstückes wohl doch

So gut und schön aber auch Wohlfahrtseinrichtungen sein mögen, es wird wohl immer der Samtpfand, der dabei verfolgt wird, der sein, daß man den Arbeiter gewissermaßen an die Arbeitstätte fesseln, ihm sonstige Bedürfnisse besonders in puncto Lohn, mehr schmackhafter machen will. Denn wenn der Arbeiter in einer Fabrik alles so gut und billig haben kann, was er zum Leben braucht, man so braucht er ja doch noch der Logik vieler Unternehmer weniger Verdienst, und oft wird mit Rücksicht auf die humanen und „allgemeines Lob“ verheißenen „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Arbeiter bestimmt, weniger energisch auf eine bessere Bezahlung seiner Arbeit zu bringen.

Die Speiseanstalten, die Badeanstalten, die Beamtenskasernen und eventuell alle zur Abhaltung von Arbeitervergügen (natürlich nicht am 1. Mai), so müßen ja noch alle angesehen, wie aber sieht es oftmals mit der Arbeiterwohnungen aus, die sich Unternehmer zuliegen? Wenn ein in solcher Wohnung hausender Arbeiter einmal in Konflikt mit seinem Erwerb- und Wohnungsvergeber gerät, gar nicht zu reden von Forderungen nach höherem Lohn, so fliegt er kurzerhand aus der Wohnung (da er ja doch auch bezahlt) heraus; ein Mietvertrag von Tüllowitz (gräflich) haben wir ja erst neulich abgedruckt; da zeigt sich so recht die „Wohltätigkeit“ der Unternehmer, die eine „Wohlfahrt“ der Arbeiter wäßen.

Das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter wird dann recht drastisch zum Ausdruck gebracht, wie überhaupt in den meisten Fällen alle solche Wohlthaten, solche Wohlfahrtseinrichtungen den Arbeiter mehr oder weniger abhängig von dem Unternehmer machen, ihn in seinen freien Bewegungen hindern.

Es mag sein, daß der oder jener Fabrikant (wie wollen z. B. auch die Vermögensgeber Fabrikanten dazu rechnen), ohne Nebenabsichten, aus rein menschlichem Empfinden und ohne daß sie die Kosten dafür auf andere Art aus dem Arbeiter herausholen, solche „Wohlthaten“ ihren Arbeitern erweisen, aber im allgemeinen wird man anzunehmen haben, daß die Unternehmer mit der einen Hand und zwar der stärkeren die Ausbeutung der Arbeiter betreiben und mit der anderen einen kleinen Theil des durch die Ausbeutung erzielten Gewinnes zu „Wohlfahrtseinrichtungen“ großmüthig hingeben.

Wir lasen kürzlich eine Abhandlung in der „Sozialen Praxis“ über das Thema: „Gegen die Sozialpolitik des Reichthums“, in welcher der Verfasser über die Spenden nordamerikanische Millionäre an Schulen sich ausläßt.

Danach hat der Hauptinhaber des Petroleummonopols D. Rockefeller nahezu an 40 Millionen der Chicagoer Universität als Spende zugewandt. Und auch sonst bedenken die oberen Zehntausend Nordamerikas die Unterrichtsanstalten so reichlich, daß nach amtlichen Zusammenstellungen in der Zeit von 24 Jahren insgesamt 717 Mill. Mark, im Jahre 1899 allein 267 Mark für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke gespendet worden sind.

Der Verfasser sagt nicht mit Unrecht, daß die Herren Millionäre das Bedürfnis fühlen, sich zunächst in der öffentlichen Meinung ein Ansehen zu verschaffen, vor allem aber die öffentliche Meinung mit dem rasch und oft dunkel erworbenen Reichthum zu versöhnen trachten.

Daß der Einfluß dieser Spender ein bedeutender ist, kann als selbstverständlich gelten und es werden einige Beispiele aufgeführt, die als „Wahregelungen“ gelten können, wenn es auch in diesen Fällen keine „Arbeiter“ sondern hochvermögende Professoren waren. Der Verfasser führt in dem Artikel dann aus: „Angeichts solcher Vorkommnisse ist es begreiflich, wenn gerade in Nordamerika in Folge der reichen Spenden der oberen Zehntausend für Unterrichtszwecke eine Gegenströmung bemerkbar wird, die am deutlichsten in einem Aufsatz der Bostoner Monatschrift „Atlantic Monthly“ von Fräulein Scudder, einer Professorin für Literatur am Mädchenschulhaus zu Wellesley in Massachusetts, zum Ausdruck gekommen ist. Paßt es sich für Unterrichtsanstalten, so fragt diese Dame, Spenden von reichen Leuten anzunehmen, wenn dieser Reichthum nicht ganz reinlich erworben wurde, wenn es sich um „befleckten Reichthum“ handelt? Diese Frage wird von Fräulein Scudder nachdrücklich verneint. Mit der einen Hand, sagt sie, haben die Besitzer von beflecktem Reichthum ihre geschäftlichen Konkurrenten ruiniert und die Bevölkerung ausgebeutet, mit der anderen Hand geben sie einen Theil ihres überreichen Gewinns an Universitäten, Kirchen, Wohlthätigkeitsanstalten u. s. w. und erlangen dadurch die Dankbarkeit und Anerkennung der Leiter solcher Anstalten. Dagegen wendet sich Fräulein Scudder, indem sie ausspricht, daß das erwachende Bewußtsein des Volkes nach sittlicher Klärung, insbesondere auch nach der Ursprung von Reichthum, geschwächt werden müsse und nicht erfüllt werden könne, wenn derartige Anstalten Geld annehmen, das erbsüchtig erworben sei. Daraus werde das Vertrauen der Bevölkerung zu

nächst zu den betreffenden Unterrichtsanstalten erschüttert und die Auffassung begünstigt, daß in den betreffenden Schulen nur solche wirtschaftspolitische Theorien gelehrt werden, die dem reichen Gönner der Anstalt angenehm sind.“ Die Dame verlangt Zurückweisung solcher Geschenke an Erziehungsanstalten und in Chicago hat Rockefeller bereits seitens der Vorsteherin einer Erziehungsanstalt eine Ablehnung erfahren.

Das hat in Amerika Zustimmung gefunden in Verbindung mit der Abneigung gegen die Trusts, als deren hervorragender Vertreter der Petroleum-Millionär gilt.

Nun wollen wir unsern Fabrikanten hier zu Lande gewiß nicht imputiren, daß sie ihren eventuellen Reichthum, aus dem sie Wohlthaten in Form von „Wohlfahrtseinrichtungen“ spenden, auf rasche, dunkle oder unreinliche Art erworben, wie es bei den Millionären jenseits des großen Wassers mit ihrem „befleckten Reichthum“ der Fall sein soll. Aber immerhin kann eine Beeinflussung der Arbeiter, ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis durch so manche Wohlfahrtseinrichtung hergeleitet werden. In Passau (Leinwand Fabrik) konnte man Anfangs dieses Jahres ja auch diesbezügliche Studien machen. An und für sich ist gegen Einrichtungen in Fabriken, die zur wirklichen „Wohlfahrt“ der Arbeiter dienen, von denen nicht noch neben der Ausnutzung der Arbeitskraft ein Extraprofit herausgeschlagen werden soll, nichts einzuwenden. Ja, sie können in weit von dem Wohnorte der Arbeiter gelegenen Plätzen, als eine selbstverständliche Pflicht der Unternehmer erachtet werden.

Eine übergroße Lohndelei solcher Einrichtungen braucht es dann nicht, macht sogar die Sache nur verdächtig. Die „gebührende Anerkennung“ werden die Arbeiter immer auch ohne die Wünsche eines dem Unternehmertum gefälligen Skribenten dann zollen, wenn es sich auch nicht immer in Tactbüchern oder ähnlichem zeigt.

Man will ja auch vielfach durch solche Einrichtungen, besonders von Rantinen und Nämlichkeiten zur Abhaltung von Vergnügen, die Arbeiter der Fabrik von den übrigen Leuten abhalten; sie sollen nicht angewiesen sein auf den Besuch von Lokalen, in denen am Ende gar Leute verkehren, die „Aufruhr“ gegen die bestehende Ordnung predigen und sei es auch nur, daß sie die Arbeiter auf den Weg weisen, den wir als den richtigen anerkennen: Die politische und gewerkschaftliche Organisation zu hegen und zu pflegen. Man bilbet sich denn ein, die Zufriedenheit durch seine „Wohlfahrtseinrichtungen“ geschaffen zu haben und doch haben oftmals gerade solcher Gestalt beglückte Arbeiter allen Grund, recht unzufrieden zu sein. Der Einfluß, das Abhängigkeitsverhältnis vom Arbeitgeber ist aber so mächtig, daß sie ihrer Unzufriedenheit keinen Ausdruck geben und alles über sich ergehen lassen.

Die größte Wohlthat, die beste Wohlfahrt wären die Unternehmer den Arbeitern erweisen, wenn sie deren geleistete Arbeit so bezahlet würden, daß er in einer dem Geist und Körper nicht schädlichen kürzeren Arbeitszeit einen Verdienst erzielen würde, mit dem er sich und die Seinen anständig ernähren, kleiden, bilden, kurz, in dem heutigen Kulturfortschritt entsprechender Weise leben könnte.

Statt dessen sehen wir immer nur das Bekleidende, die Löhne zu maximiren, mit dem Gedanken, daß man sich auch den allerberechtigtesten Forderungen nach einem Leben und Bewußtsein entgegenkommt, so, daß man sogar dem Arbeiter ein bedenkliches Staatsbürgerrecht und Wahlrecht, das natürlich einhergeht mit der Bürgerpflicht, angedeihen

die „herrlichsten“ Wohlfahrtseinrichtungen bestehen.

Freilich ist der Arbeiter zumeist selbst Schuld an solchen Zuständen, ihm geht das richtige Verständnis seiner Lage ab, der Unverstand der Massen ist eben der Feind, der zu besiegen ist. Die Einigkeit fehlt, Schmarroger und Heuchler treiben ihr elendes Gewerbe und treiben Reile zwischen jene, die sich der Erkenntnis nicht verschlossen haben und besseren Zuständen entgegenstreben.

Die größte Wohlthat könnten sich die Arbeiter selbst thun, eine allerbeste „Wohlfahrt“ sich schaffen, wenn sie sich nicht und nicht in ihrer Organisation zusammenschließen, wenn sie einig, einig und immer einig sind!

Ein Prachtexemplar der Wohlfahrtseinrichtungen (Korrespondenzblatt). Im 1895er Berichtsbuch der sächsischen Gewerbeinspektion wird seitens des Dresdener Gewerberaths auf das Bestehen einer „Arbeiter-Pensionkasse“ und einer besonderen Unterstützungskasse „Siemens-Stiftung“ in der Dresdener „Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens“ hingewiesen. Aus letzterer, deren Fonds damals angeblich 124 000 Mk. umfaßte, wurden Arbeiter des Werks bei besonderen Unglücksfällen unterstützt, ohne daß sie einen Beitrag zu zahlen hätten. Die Verwaltung geschähe durch die Fabrikleitung und durch einen Arbeiterausschuß. Es war bisher nicht unsere Geslogenheit, derartige Einrichtungen lobend oder kritisch hervorzuheben, da sie im Allgemeinen eine Bedeutung für die Gewerkschaften weder im Guten, noch im Bösen besitzen. Diese unter dem häufig unzutreffenden Namen „Wohlfahrtseinrichtungen“ bezeichneten Institutionen sind nichts Anderes als ein Äquivalent der Unternehmer, die sich einen guten Stamm tüchtiger Arbeiter sichern wollen, an diese Arbeiter, das diese für die Preisgabe ihrer Freizügigkeit und den Verzicht auf etwaige bessere Lohnchancen entschädigen soll, nicht selten erkaufen durch geringere Löhne und sonstige direkte Nachtheile, die sich solche Opfer der Arbeiterfürsorge gefallen lassen müssen. Im günstigsten Falle ist es Sache des Anstandes, wenn eine Millionengesellschaft, die ihren nicht arbeitenden Aktionären Jahr um Jahr hohe Dividende in den Schooß wirft, auch den Arbeitern, die die hohen Profite erzeugten, einen Rathspennig bei Eintritt der Invalidität durch Alter oder Erschöpfung oder bei außergewöhnlichen Unglücksfällen zu Gute kommen läßt. Und Anstandspflicht wäre es, den „Mitarbeitern“ diese Pension nicht als Gratifikation unter Bedingungen, die deren freie Manneswürde verletzen, sondern als arbeitsvertraglich begründeten Rechtsanspruch zu gewähren, der erworben wird durch die Thätigkeit für die Fabrik, und das private Leben des Arbeiters völlig unberührt läßt.

Die obige Firma, neben Heye eine der größten ihrer Branche, faßt den Zweck ihrer Wohlfahrtseinrichtungen anders auf. Sie sind Arbeiterpensionen und Nothfallunterstützungen nichts als ein Almosen, dessen der Arbeiter durch persönliches Wohlverhalten sowohl im Arbeitsverhältnis, als außerhalb desselben, sich erst würdig erwerben muß. Zugleich dient ihr diese Almosenfürsorge für ihre Arbeiter als ein Kampfmittel gegen die Gewerkschaften, von deren Bestrebungen für Unisonal durchaus ferngehalten werden soll.

Das nachfolgende und angelegentlichste Merkmal der Fabrik beweist dies mit genügender Deutlichkeit, weshalb wir dessen Wortlaut unbedeutend mittheilen. Die Fabrik, die die Arbeiter-Pensionkasse und die Arbeiter-Unfallkasse

Stiftung" sind fertiggestellt und kann Jeder, der sich dafür interessiert, ein Exemplar dieser Abschlüsse im Comtoir der Krankenkasse erhalten.

Zur Arbeiter-Pensionkasse für die deutschen Fabriken sind von der Firma im vergangenen Jahre beigetragen worden:

als regulärer Beitrag 12 360,70 Mt.
" Extrabeitrag 10 000, —
Zusammen 22 360,70 Mt.

außerdem sind in den deutschen Fabriken zu Gunsten der Arbeiter als Gratifikation gewährt worden 18 000, — Mt.

so daß insgesamt 40 360,70 Mt. als freiwillige Beiträge für die Unterstützungskasse und Gratifikationen lediglich für Arbeiterzwecke bezahlt worden sind.

Aus der Arbeiter-Pensionkasse und aus der „Stiemens-Stiftung" sind im Jahre 1900 als Pensionen und vorübergehende Unterstützungen

an Wittwen und Waisen 8 344,99 Mt.
an Glasmacher 4 106,75 „
an sonstige Arbeiter 4 928,10 „

Zusammen 17 379,84 Mt. gewährt worden.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, welche hohen Beiträge die Fabrik gewährt, um die bei ihr angestellten Personen bei Unglücksfällen und im Alter zu unterstützen und sie bei befriedigendem Geschäftsergebnisse zu heheiligen.

Hiernach möge sich jeder überlegen, ob er sich und seiner Familie besser dient, wenn er angesichts dieser großartigen Zuwendungen zur Fabrik hält, anstatt zu denen, welche die Arbeiter durch Schwadronieren in Versammlungen unzufrieden zu machen suchen, den Arbeitern aber auch nicht annähernd die Unterstützungen bieten können, welche die Fabrik zu bieten vermag.

Wie aus dem Abschlusse der Pensionkasse hervorgeht, haben viele arbeitsunfähige Arbeiter jetzt eine Pension von 3—400 Mark jährlich und darüber! Können das der Fachverein und dessen Agitatoren gewähren, denen so Viele blind ihr Vertrauen schenken?

Es mögen sich besonders die älteren Arbeiter die Frage vorlegen:

1. Was haben mich der Fachverein und die Sammlungen für Agitationszwecke bisher schon gekostet und was habe ich davon für Nutzen gehabt?

2. Bestehen nicht die großen Wohlfahrts-einrichtungen der Fabrik unentgeltlich für die Arbeiter? Welchen Nutzen haben sie schon gebracht und welchen Nutzen werden sie mir und nach meinem Tode meiner Familie bringen?

Bei Beantwortung dieser Fragen sollte sich doch jeder denkende Mann, dem sein und seiner Familie Wohl am Herzen liegt, von dem Zwange der fabriksfeindlichen Partei losmachen, die langweiligen Versammlungen meiden und sich der Partei anschließen, welche zur Fabrik hält.

Dabei wird er sich besser sehen, denn für die treuen Arbeiter wird, wie es die Pension-lassen-Abschlüsse beweisen, gesorgt, dagegen haben nach § 8 der Pensionkassen-Statuten diejenigen, welche wesentlich und absichtlich die Interessen der Fabrik schädigen oder das Arbeitsverhältnis unterbrechen, für sich und ihre Angehörigen Unterstützungen von der Fabrik nicht zu erwarten!

Von dem der DIRECTION wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahre, zu Gunsten der Arbeiter, zur Verfügung gestellt. Betrag von 30 000

Sollen nach Bestimmung der DIRECTION Gratifikationen an diejenigen vor dem 1. Januar d. J.

bei der Fabrik in Arbeit getretenen Arbeiter und Arbeiterinnen in der ersten Hälfte des Oktober d. J. vertheilt werden, welche

1. in diesem Jahre nicht unentschuldig oder ohne genügenden Grund die Arbeit ver-säumt und sich nicht ordnungswidrig ge-führt haben,

2. welche sich an fabriksfeindlichen Bestrebungen nicht betheiligten.

Die Zuwendung ist eine freiwillige, und hat Niemand Anspruch darauf."

Dresden, den 21. Mai 1901.

Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie
vorm. Friedr. Siemens.

Daß der „Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie" die Agitation des Glasarbeiterverbandes unter ihren Arbeitern unbenutzt werden mag, ist schließlich zu verstehen, zumal die Firma an-betrachtet ihrer in Versammlung und Presse häufig angegriffenen Arbeitsverhältnisse wohl-begründete Ursache haben mag, diese Agitation zu fürchten. Jene anerkennende Haltung gegen die Gewerkschaft, wie sie der neueste heftige Gewerbeaufsichtsbericht hinsichtlich eines dor-tigen Glasindustriellen konstatirt, ist eben leider noch seltene Ausnahme. Wohl aber hätte man

füglich von der obigen Millionenfirma so viel Geschmachina erwarten dürfen, daß sie ihre Arbeiter mit diesem widerlichen Selbstlob verschont, das sich in dem vor-stehend zitierten Zirkular breit macht. Der in diesem Laborat so schmählich angegriffene Verband der Glasarbeiter Deutschlands lehnt es natürlich ab, in dieser Weise seine Unter-stützungs-einrichtungen in Reklame-wettbewerb mit der erwähnten Firma zu bringen, zumal jeder Vergleich schon durch den Umst. d. aus-geschlossen ist, daß diese Unterstützungen be-dürftiger Kollegen aus den eigenen Broschen der Arbeiter bestritten werden und nicht Ar-beiten, sondern wohlverdiente Rechte der Mitglieder sind. Wenn aber die Aktien-Gesellschaft die Probe auf das Exempel wünscht, um festzu-stellen, wer den Arbeitern und deren Familien größere Vortheile zu bieten vermag, die Fabrik mit ihren Almosen oder die Gewerkschaft mit ihren auf W.-besserung der Löhne und Arbeits-bedingungen gerichteten Bestrebungen, so möge sie jedem ihrer Arbeiter das ungehinderte Recht der Koalition gewährleisten und der Organisation volle Bewegungsfreiheit ein-räumen. Die Arbeiter würden dann daernde Lohnerhöhungen erringen, die die obigen 17 000 Mark Unterstützungen zehnfach auf-wiegen, und gerne auf die in Aussicht gestellten Belohnungen für ihr Wohlverhalten verzichten.

Diese „Wohlfahrts-einrichtung" der „Dres-dener A. G. für Glasindustrie" ist ganz darnach angelegelt, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen derlei wohlwollende Arbeiterfürsorge des Unternehmertums zu verstärken. Wenn dieses Mißtrauen sich dann gegen solche Einrichtungen in ihrer Allgemeinheit lehrt, so möge man nicht klaglos über „Undankbarkeit" und „Unverständnis" der Arbeiter klagen, sondern durch öffentliche Kritik dahin wirken, daß der Arbeiter als gleichberechtigtes Glied einer Arbeitsgemeinschaft gesehen wird nicht durch entwürdigende soziale Verhältnisse, Wohl-fahrts-pflege in seiner Menschenwürde beleidigt wird.

Die Arbeiter würden dann daernde Lohnerhöhungen erringen, die die obigen 17 000 Mark Unterstützungen zehnfach auf-wiegen, und gerne auf die in Aussicht gestellten Belohnungen für ihr Wohlverhalten verzichten.

Diese „Wohlfahrts-einrichtung" der „Dres-dener A. G. für Glasindustrie" ist ganz darnach angelegelt, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen derlei wohlwollende Arbeiterfürsorge des Unternehmertums zu verstärken. Wenn dieses Mißtrauen sich dann gegen solche Einrichtungen in ihrer Allgemeinheit lehrt, so möge man nicht klaglos über „Undankbarkeit" und „Unverständnis" der Arbeiter klagen, sondern durch öffentliche Kritik dahin wirken, daß der Arbeiter als gleichberechtigtes Glied einer Arbeitsgemeinschaft gesehen wird nicht durch entwürdigende soziale Verhältnisse, Wohl-fahrts-pflege in seiner Menschenwürde beleidigt wird.

Handelsverträge und Fraueninteressen.

II. (Sticht.)

Stille, unerschütterliche Fäden veräpfeln die Fäden der Frau als Gewerbetätige und als Hausmutter mit dem Wirtschaftlichen, den Handelsbeziehungen ihrer Nation und all-der Welt, die dem internationalen Wirt-schafts-kreis eingegliedert sind. In der einen

und in der anderen Eigenschaft erfährt deshalb die Frau den Einfluß, den Handelsverträge auf ihr Wohl und Wehe und das ihrer An-gehörigen ausüben. Das Warum dieses Ein-flusses wird uns klar, sobald wir die Frage beantworten: was denn bezwecken Handels-verträge?

Die kapitalistische Entwicklung zwingt immer mehr Länder, Absatz für große Waarenmassen im Ausland zu suchen. Die dadurch erzeugte Konkurrenz der Staaten untereinander hat dazu geführt, daß fast nirgends mehr der Handel frei und unbeschränkt Erzeugnisse von Land zu Land einführen kann. Nur England und Holland halten noch am Freihandel fest. Die Handelsverträge bestimmen nun die Bedingungen an Zölle u. zu denen Waaren aus einem Staate in einem anderen Zugang finden. Sie beiseitigen dort, wo kein Freihandel besteht, den Zustand — einen Zustand des wirtschaftlichen Krieges zwischen zwei Nationen, den Zollkrieg —, daß ein Staat in jedem beliebigen Augen-blick durch Zölle und Vorschriften aller Art den Zutritt der Waaren aus einem anderen Lande zu erschweren, ja unmöglich zu machen ver-mag. Der Handelsvertrag, den ein Staat abschließt, soll seinen Waaren überhaupt oder bestimmten Arten d. seinen den Zutritt zu den Märkten des Landes erleichtern, mit welchem der Vertrag eingegangen wird.

Allein in der besten und vernünftigsten der Welten, in der zu leben die Frau das Glück hat, muß alles er-mußt werden, hat alles seinen Preis. Das gilt u. von den Erleichterungen, die der Waareneinfuhr des anderen vertrag-schließenden Staates zugebilligt werden. Im Allgemeinen werden Handelsverträge nach dem Grundsatz geschlossen: Wie du mir, so ich dir; ich gebe, damit du mir gibst. Will eine Nation erreichen, daß ihr ein Vertrag vor-theilhafte Bedingungen für ihre Waarenein-fuhr in einem anderen Lande sichert, so muß sie — dasern nicht besondere Verhältnisse vor-liegen — vor Allem eins thun. Sie muß darauf verzichten, ihrerseits durch hohe Zölle und skandale Vorschriften den Zutritt zu ihren eigenen Märkten für die Erzeugnisse dieses Landes unvorteilhaft zu gestalten, so ihre Grenzen vielleicht gar so gut wie ganz für dieselben zu sperren.

„Was aber haben diese Verhältnisse mit den Interessen der Frauen zu thun?", wirft gewiß der erfahrene Philister ein, wenn es eine Sünde wider „des Weibes Natur und Pflicht" dünkt, daß Frauen sich um so „politische" Fragen wie Handelsverträge kümmern. „Han-delsverträge hin, Handelsverträge her, das Haus ist die Welt der Frau, und ihr kann es deshalb gleichgültig sein, ob außerhalb dieser ihrer Welt die Staaten durch Zölle und Ein-fuhrvorschriften aufeinander loschlagen."

Demnach, gemacht, liebes Spieltheater, halte seine Entrüstung häßlich im Zaum. Er-mer dich der Thatsachen, der Verhältnisse, auf welche wir dir im ersten Artikel nach-wiesen, daß und warum die Handelsbeziehungen ein sehr gewichtiges Wort mitsprechen über die Erwerbthätigkeit der Frau, mithin über die Be-schaffenheit ihrer Lebenshaltung, über das Mehr oder Minder ihrer Sorgen und Plagen. Hossentlich hämmert auch dir dann eine Ahnung davon auf, daß es weit tieferen, nachhaltigeren Einfluß auf die Leben der Frau ausübt, wenn drängen in der Welt die Staaten im Zollkrieg aufeinander loschlagen und in der Folge Handel und Industrie in der Schwach gelähmt haben, als wenn die Suppe abkocht, aber der Jungt, wissens Dohn will noch Hause belagt. Handelsverträge, welche den deutschen Waaren gute, sichere Märkte im Ausland er-öffnen, welche bedingen, daß billiges Deut-

getreide aus Oesterreich, Rußland, Amerika u. in das Deutsche Reich eingeführt wird: sind weit wohlthätiger für die Existenz der Arbeiterin, der Hausmutter, als die Kenntniß eines neuen Kochrezepts oder das Geschick, einen tadellosen Strumpf stricken zu können.

Viele Tausende deutscher Frauen, insbesondere aber deutscher Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen haben das im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe, in der eigenen Familie erfahren. Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rußland wurde nur dadurch möglich, daß ersteres den Zollsatz auf den Doppelzentner ausländischen Roggen und Weizen von 5 Mk. auf 3,50 Mk. ermäßigt und dadurch die Einfuhr russischen Getreides erleichtert hatte. Und in dem Handelsvertrag selbst bewilligte Rußland für eine ganze Reihe wichtiger deutscher Industrieerzeugnisse herabgesetzte Eingangszölle, so daß ihnen auf Jahre hinaus ein größeres Absatzgebiet offen stand. Was aber bedeutete das für die Arbeiterin, die Arbeiterfrau? Es bedeutete für sie selbst oder für ihre Familienangehörigen vermehrte und besser gelohnte Arbeitsgelegenheit. Die Arbeiterin, die für saure Wochen so niedrigen Lohn heimträgt, die proletarische Familienmutter, die mit geringem Wirtschaftsgeld haushalten muß, sie atmeten auf, als Dank der Herabsetzung des Zolles auf Brotfrucht die Theuerungspreise für Brot u. Lanfen, die ihnen 1891 so manche heimliche Thräne erpreßt, so manchen Bissen vom Munde weggeriffen hatten. Und in zahlreichen Arbeiterfamilien, in dem Dachkämmerchen vieler Arbeiterinnen wich die drückendste Noth, als der Handelsvertrag mit Rußland den Pulsschlag des industriellen Lebens befeuerte und der Arbeiterschaft dieses und jenes Gewerbes statt des unfreiwilligen Feierns Beschäftigung brachte, statt des unsicheren, schwankenden Verdienstes ein festes und reichlicheres Brot.

Wie die Verhältnisse in Deutschland gestaltet sind, greifen Handelsverträge meist nach zwei Seiten hin günstig in das Leben der Frau ein. Sie bewirken eine Verbilligung wichtiger, ja unentbehrlicher Lebensmittel oder wirken wenigstens einer weiteren Vertheuerung derselben entgegen. Sie beleben den Gang von Handel und Industrie und schaffen vermehrte, dauerndere und besser gelohnte Erwerbsmöglichkeiten. Es ist eine Lebensfrage für die deutsche Industrie, Abnehmer für ihre Waaren in Ländern suchen zu können — so vor Allem in Rußland, Amerika u. —, die ihrerseits ebenso darauf angewiesen sind, die Erzeugnisse ihrer Landwirtschaft in Deutschland abzusetzen. Günstige Einfuhrbedingungen für seine industriellen Erzeugnisse kann aber das Deutsche Reich von diesen Ländern nur unter der Voraussetzung erlangen, daß es seinerseits davon abstieht, ihren landwirtschaftlichen Waaren den Zutritt zu seinen Märkten und die Konkurrenz auf diesen zu erschweren. Die Handelsverträge, welche unter dem Druck dieser Verhältnisse abgeschlossen werden, kommen deshalb der Frau als Konsumentin (Verbraucherin) wie als Produzentin (Erzeugerin) von Waaren zu Gute, sie verringern ihre Ausgaben und erhöhen und sichern ihre Einnahmen.

Für die Frau und gerade für die Frau, die oft unter härteren Bedingungen als der Mann um ihre Existenz ringen und für die Familie sorgen muß, ist es deshalb von der höchsten Wichtigkeit, daß der freche Vorstoß der Junker für eine Erhöhung der Getreidezölle zurückgeschlagen wird. Ende 1903 laufen eine Reihe der wichtigsten deutschen Handelsverträge ab, so der Handelsvertrag mit Rußland u. Gelingt aber den Sprudelwigen und Hyenplügen der Raubzig auf die Taschen des Volkes, dann Ade Möglichkeit zum Abschluß neuer, vorthellhafter Handelsverträge mit den

betreffenden Staaten. Gleichzeitig mit den Theuerungspreisen für Brot und andere Lebensmittel grinst dann das Gespenst verschlechterter Erwerbsverhältnisse der Frau des werththätigen Volkes ins sorgenvolle Antlitz. Die Frau schützt deshalb ihren Verdienst und ihr Brot, den Verdienst und das Brot der Ihrigen, wenn sie sich zum Protest gegen Wucherzölle auf Getreide und zum Kampfe für Handelsverträge um das Banner der Sozialdemokratie scharrt.

Und sie schützt mehr noch als Verdienst und Brot des Tages! Indem sie Handelsverträge fordert, wendet sie sich gegen das System der Schutzzölle, das heutzutage zur Monopolwirtschaft führt, die einzelnen Kapitalistenklüften die höchste Macht zur Ausplünderung der einheimischen Konsumenten und zur schonungslosesten Ausbeutung der Arbeiter verleiht, die den gewerkschaftlichen Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes erschwert. Mit dem System der Schutzzölle zusammen bekämpft sie die abenteuerliche, Volkblut und Volksgut verschwendende Politik der Sunnenzüge, in deren Gefolge die Gefahr des Weltkriegs schreitet. Die Lösung: Gegen das System der Schutzzölle und für Handelsverträge, bedeutet nichts Anderes als Kampf für günstige Bedingungen, unter denen die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische umgestaltet werden kann.

Inbrünstiger und verlangender als jeder Andere muß die proletarische Frau, sie, die zwiefach Rechtlose und Geopferte, im Hinblick auf ihre Befreiung stehen: Sozialismus, dein Reich komme! Ihr Platz ist darum in Reich und Glied Derer, welche für die Erleichterung und Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandergangs zum Sozialismus kämpfen. Auch auf dem Gebiet der Handelspolitik stehen für die Proletarierin wichtige Gegenwart- und Zukunftsinteressen auf dem Spiele. Ihr die Belehrung über die einschlägigen Fragen, die Stellungnahme zu ihnen wehren wollen, wird deshalb aus einem spießbürgerlichen Vorurtheil zu einem sozialen Verbrechen. All den spießbürgerlichen Salbadereien zum Trotz darf die Frau des werththätigen Volkes dem Kampfe des Tages nicht als müßige, gleichgiltige Zuschauerin gegenüberstehen, sie muß ihn vielmehr ausfechten helfen. Der Kampf gilt hohen Preis.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

In Sachen gegen Beyn Erben

hat das Gericht am 17. Juni die Wittwe Beyn als legitimirte alleinige Erbin verurtheilt, in die Auszahlung des Verbandsvermögens an die Vertreter des Verbandes zu willigen. Hierzeu Tage nach erfolgter Zustellung des schriftlichen Urtheils wird dasselbe rechtskräftig und werden wir dann den Mitgliedern ausführlich über alle Einzelheiten der „Affaire“ berichten.
Der Vorstandsvorstand.

Aus unserm Berufe.

— Die Firma Sterner in Mannheim hält sich zufolge eingegangenen Berichtes nicht an die, mit dem nach dort delegirt gewesenen Verbandsschriftführer getroffenen Vereinbarungen, und hat der Vorstand demzufolge die Sperre über diese Fabrik wieder verhängt.

— Von Roda wird über die Differenz bei Fischer u. Bendorf mitgetheilt, daß der Fabrikinspektor v. Rositz auf das Gesuchen der

Arbeiter am 13. Juni in Ilmenau eingetroffen und sich zunächst den Sachverhalt von den Arbeitern hat vortragen lassen. Am Tage darauf hat er ihnen dann das Resultat seiner Vermittelung mitgetheilt.

Er würde bedauern, soll er zu den Arbeitern gesagt haben, nicht mehr erzielt zu haben, das komme aber nur durch die vorherige Zeitungsschreibererei her. — Wir müssen hier nothgedrungen einiges einschalten, da wir wohl nicht mit Unrecht annehmen, der Herr v. Rositz hat mit der „Zeitungsschreibererei“ wohl die „Ameise“ im Auge gehabt.

Das, was wir in Nr. 23 über die Differenz bei Fischer u. Bendorf in Roda schrieben, war durchaus nicht „hegerisch“, wir haben ja sogar ausdrücklich betont, daß wir die von Herrn Bendorf gegen die Arbeiter und gegen die „Ameise“ gebrauchten Redensarten zurückstellen, um nicht störend in die Verhandlungen, die der Fabrikinspektor anbahnen würde, einzugreifen. Nachdem aber eine zufriedenstellende Verständigung nicht zu Stande gekommen ist und die Arbeiter die Arbeit aufgekündigt haben, so brauchen wir ja eigentlich uns keine weitere Reserve aufzulegen und könnten die, durch zehn namentliche Unterschriften bestätigten Redensarten des Herrn Bendorf der Oeffentlichkeit übergeben. Jedoch wollen wir auch heute noch davon absehen und warten, ob nicht doch noch in der Kündigungszeit eine Verständigung erzielt wird, die Blüthenlese von Ausdrücken eines hüringischen Unternehmers erfahren die Kollegen dann immer noch früh genug. Was die „Zeitungsschreibererei“ überhaupt angeht, so ist es ja eine alte Sache, daß die Unternehmer am liebsten sehen würden, wenn die Arbeiter gar nicht müßten, wenn diese auf jede öffentliche Kritik von manchmal schauderhaften Zuständen in den Fabriken verzichten und nur die Presse lesen würden, die dem Kapitalismus unterthan ist und in dessen Interesse schreibt. Vorläufig muß man aber die Zeitungsschreibererei noch mit in den Kauf nehmen, wenn deswegen die Herren Fischer und Bendorf auch weniger „bewilligen“.

Der Herr Fabrikinspektor theilte den Arbeitern mit, daß die Firma folgendes erklärt habe: Den einen gekündigten bzw. gemäßregelten Arbeiter stelle sie auf keinen Fall wieder ein, ein zweiter soll wieder eingestellt werden, wenn sein Platz frei würde und das Geschäft besser ginge. Der dritte könne weiter arbeiten, wenn er erkläre, dies unter den alten Verhältnissen zu thun. Eine Fabrikordnung wird eingeführt. 25 pSt. Zulage wollte die Firma geben, „wenn sie wolle“, es sei dies von den Arbeitern als ein Geschenk anzusehen. Was die Lohnreduzierung angeht, so stellt die Firma das so hin, als wenn nur die ersten gefertigten Stücke besser bezahlt worden seien, dann aber jedesmal 50 pSt. weniger dafür ausgelegt sei. Die Arbeiter erklärten dem Fabrikinspektor, daß aber der Preis, wie er Anfangs gezahlt, vereinbart worden sei.

Aus dem Bericht, der ziemlich unklar ist, geht nicht hervor, ob man sich auch über den Punkt: bessere Behandlung, unterhalten hat. Oder sollte das als nebensächlich gelten?

Es haben die Arbeiter, bis auf 2, nun am 15. Juni ihre Kündigung eingereicht und werden wir in nächster Nummer weiter berichten.

Vorstehendes dürfte genügen, um den Zugang nach der Firma Fischer u. Bendorf in Roda-Ilmenau abzuhalten.

— **Notizen.** Diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, hier in Stellung zu treten, werden im eigenen Interesse ersucht, sich über die hiesigen Verhältnisse beim Vorstehenden der Zahlstelle zu erkundigen.

— Die Thonwarenfabrik-Alliengeseilschaft **Renens-Lausanne**, Schweiz, giebt sich die größte Mühe, Arbeiter aus Deutschland nach dort zu bekommen.

Nachdem das Privat-Bureau von Engelbert Schmidt in Volkstedt-Rudolstadt eine Annonce im Arbeitsmarkt der „Ameise“ aufgegeben, dem wir die Aufnahme nicht versagt, aber doch im Briefkasten Vorzicht bei Engagements nach dem Auslande empfohlen hatten, erschien nun auch in der „Keramischen Rundschau“ ein Inserat der obigen Firma. Und zwar können sich danach Bewerber direkt nach Renens wenden.

Dieses Werben von Arbeitern erschien uns denn nun doch etwas außergewöhnlich und ob schon wir unseren Berufsgenossen gerne den Genuß gönnen, die schöne Schweiz und besonders die großartige Gegend am Genfer See kennen zu lernen, so wollten wir doch auch etwas Näheres über die Arbeitsverhältnisse dort erfahren und womöglich unseren Lesern damit dienen. Wir wandten uns vorige Woche an das Arbeitersekretariat zu Zürich und erhielten nun freilich eine Antwort, die für manchen derjenigen Kollegen, die zur Reise nach der Schweiz sich fertig gemacht haben, unangenehm sein wird. „Die Arbeiter der Thonwarenfabrik in Renens stehen seit einiger Zeit im Streit um bessere Arbeitsbedingungen, es ist demnach klar, zu welchem Zwecke die Firma in Deutschland Arbeiter sucht.“

Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß nun deutsche Arbeiter nicht den dort um bessere Arbeitsbedingungen Streitenden in den Rücken fallen. Wir werden uns bemühen, möglichst Näheres über den Streit zu erfahren und sofern die Differenz erledigt, auch hiervon Mitteilung machen.

Unbegreiflich erscheint es uns allerdings, daß, wenn dort in Renens gestreikt wird, daß man es seitens der Streitenden nicht der Mühe für werth hielt, davon etwas nach Deutschland und speziell der organisierten Kollegenschaft mitzutheilen.

Die internationale Solidarität scheint demnach den dort streikenden Arbeitern noch sehr fremd zu sein, jedoch dürfen wir es ihnen nicht entgelten lassen. Ein jeder solidarisch denkende Kollege würde ja doch bei eventuellem Eintritt in dieses Geschäft nur Schaden haben und gleich wie in Schaffhausen (siehe letzte Nummer), wo der schöne Rheinfluss zu schauen ist, die Arbeitsannahme dort einen „Reinfluss“ bedeuten kann, der Reinfluss in Renens wäre schließlich noch bedeutend fühlbarer.

Offenlich kommt unsere Warnung noch nicht zu spät und wird von allen Kollegen, die sich um eine Stellung in Renens bewerben, im eigenen Interesse beachtet.

— **Eigenthümliche Geschäftspraktiken** hat der Mitinhaber Sack (Firma Sack u. Witt in Selb-Blössberg) an sich. Wie von dort mitgetheilt wird, ist es Eigenthümlichkeit dieses Herrn, in Gasthäusern in Selb, Bahnhof Selb oder Schönwalb die Verhältnisse in seiner Malerei über das Schellenhaus zu loben, während in Wirklichkeit an denselben

nichts Tadelnwerthes zu finden ist. Einen Berufsgenossen frug er vor einiger Zeit in einem hiesigen Gasthause, ob er keine Maler und Druckerinnen wisse, die bereit wären, ihre Stellung zu wechseln, bei ihm seien Malerlöhne anzutreffen, wie sie nicht gleich ein zweiter Arbeitgeber zahlen könne. Der Berufsgenosse verwies Herrn Sack auf eine bei diesem schon eine geraume Zeit beschäftigte als fleißig bekannte Druckerin, worauf Herr S. meinte: wenn ich die nur wieder los hätte. Kürzlich sahen sich 2 Maler wegen wenig Arbeit und demzufolge geringen Verdienstes genöthigt, ihr Arbeitsverhältniß zu kündigen. Dies gab Herrn S. Anlaß, im Gasthause einem Expedienten gegenüber zu klagen, daß ihm die Maler fortfliehen, wo er doch so viel zu arbeiten habe. Auf Vorhalt eines Malers wegen des langen Wartens auf Arbeit und sehr reduzierten Preisen, gab er ja zu, daß seine Wirthshausäußerungen anders anzunehmen seien, es gäbe aber noch mehr Malereien, wo zur Zeit keine Arbeit vorhanden wäre. „Wenn's Ihnen nicht paßt, hören's in 14 Tagen auf,“ war dann die Endstrophe seiner Deklamation. Gewiß werden auch andere Geschäfte den wirtschaftlichen Niedergang verspüren, nur ist zu bezweifeln, daß deren Inhaber trotzdem noch in den Gasthäusern am Blertisch sich auf's Renommiren verlegen.

Nach einigen Tagen, als 3 Maler wegen Arbeitsmangel die „Sackgasse“ verlassen hatten, äußerte der Herr Sack schon wieder einem Manne gegenüber, dessen Bruder als Maler Arbeit suchte, dieser solle doch zu ihm kommen, er habe so viel Arbeit, daß sie nicht zu bewältigen sei. Er hatte diesmal aber kein Glück.

Bezüglich der „hohen Löhne“, mit denen Herr S. renomirt, wird mitgetheilt, daß diese durchaus nicht hoch sind, sondern zu den niedrigsten gehören, die die Porzellanarbeiterschaft in Selb aufzuweisen hat. Es mag sein, daß Herr S. daran viel Schuld hat, weil er seine Waaren mehr oder weniger „verschleudert“, worüber von zuverlässigen Seiten Angaben gemacht worden seien. Die Reinlichkeit in den Räumen der Malerei seien berartige, daß der Kollege, der diese Mittheilungen gemacht hat, noch nie ein unreinlicheres Arbeitszimmer gefunden hat. Alle 8 Tage wird einmal gekehrt, vierteljährlich gewaschen. Der Raum sei ca. 10 Meter lang und 5 Meter breit und sei von 9 auch 11 Arbeitern besetzt. Die Staubentwicklung sei eine mehr wie große. Es ist nach allem diesen den Kollegen, namentlich denen in Selb, zu rathen, den Renommagen in Gasthäusern die entsprechende Reserve entgegenzusetzen, eventuell dem Herrn gleich die Wahrheit zu sagen.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— **Gewerkschaftsbewegung.** (Schluß.) Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter hielt seine 12. Generalversammlung in Kassel ab. Anwesend waren 60 Delegirte. Die Mitgliederzahl beträgt (gegen das Vorjahr um 3240 mehr) 36 410, welche sich auf 275 Orte vertheilen. Streiks und Lohnbewegungen hatte der Verband im letzten Jahre in einer ganzen Reihe von Revieren zu führen, die, wie auch bei anderen Gewerkschaften, theils mit, theils ohne Erfolg endeten. Wo letzteres der Fall, fehlte starke Organisation, ungenügende Vorbereitung und Disziplin. Die Agitation ist nach Kräften befördert worden, so sind u. A. auch 186 500 Flugblätter vertheilt worden und ist man der Ansicht, daß ein gut geschriebenes Flugblatt oft ebenso gute Dienste leistet, als ein Vortrag. Die Einnahmen des Verbandes betragen inklusive eines Kassenbestandes von 22 546,32 Mk. die Summe von

237 686,26 Mk. Darunter befindet sich ein Betrag von 22 500 Mk., der den Verh. der Drucker (der Verband hat eigene Druckerei) und Bureauinventar repräsentirt. Die Ausgabe belief sich auf 152 264,48 Mk., so daß ein Kassenbestand von 86 421,80 Mk. verbleibt. Dem Vorstand wird Decharge erteilt. Ein vollständig umgearbeitetes Statut wird angenommen. Das Beitrittsgehalt wird von 30 auf 50 Pf. erhöht. Der Beitrag beträgt 70 Pf. pro Monat. Dafür gewährt der Verband die Sachzeitung, Gemäßigten-Unterstützung, Rechtschutz und ein Sterbegeld von je 30 Mk. Zur Ansammlung eines Streifonds wird eine freiwillige Steuer von 50 Pf. pro Monat beschlossen und kommen Marken von 25 Pf. zur Ausgabe.

Eine umfangreiche Diskussion ergab der Punkt Presse und wurde die Haltung des Redakteurs in der Neutralitätsfrage angegriffen, während der andere Theil zugab, daß gerade die neutrale Haltung des Blattes bei der eigenartigen Zusammensetzung des Mitgliederbestandes den jetzigen zufriedenstellenden Stand der Organisation erreicht habe.

Der Redakteur soll die ausgesprochenen Wünsche und Anregungen berücksichtigen. Der Vorstand wurde gewählt und besteht aus folgenden Personen: Heinr. Möller-Bochum I., Ludwig Schröder-Dortmund, II. Vorsitzender; Johann Mejer-Bochum, Kassirer; Wilh. Schürholt-Dortfeld, Schriftführer und zu dessen Stellvertreter Joh. Seimpeter-Eving. Zu Redaktoren Otto Hue und Langhorst. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bochum. Der Titel des Verbandes lautet fortan: „Verband deutscher Bergleute“.

Der Verband Deutscher Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) hielt in Köln seinen Verbandstag ab. 53 Delegirte vertraten 93 000 Mitglieder. Der Verband umfaßte Ende 1900 1824 Ortsvereine. Im Jahre 1900 nahmen die Gewerksvereine an 5 Abwehrstreiks und Aussperrungen theil. Der Vermögensbestand beziffert sich auf 1 100 000 Mk. — Eine ausgedehnte Diskussion ergab das Thema „Revers“. Bekanntlich müssen die Mitglieder einen solchen unterschreiben, um darzutun, daß sie keine Sozialdemokraten sind. Freilich haben sich im Lauf der Zeit einige Gewerksvereine in der Weise emanzipirt, daß sie diesen Revers über Bord warfen und sind dies die Gewerksvereine der Bildhauer, Kaufleute, Lederarbeiter, Schneider. Die Vertreter dieser toleranteren Richtung gingen auch scharf für die Abschaffung des Reverses ins Zeug, jedoch hatten der Herr Anwalt Dr. Hirsch, der Redakteur des „Gewerksverein“ Goldschmidt, ein „Ehrentafel“ Schüler u. mehr Erfolg mit ihrem Plaidiren für Beibehaltung des Reverses. Die Beibehaltung wurde mit 27 gegen 20 Stimmen beschlossen. Auf dem letzt. Verbandstag in Augsburg waren für Beibehaltung des „Reverses“ nur 3 Delegirte, bei nächstem Male dürfte das Ding demnach sicher weggesegt werden.

Der 3. Christliche Gewerksvereine-Kongress tagte ebenfalls zu Pfingsten in Krefeld. 65 Delegirte vertraten über 100 000 Mitglieder. Die Beiträge wurden von 5 auf 10 Pf. pro Quartal erhöht. Folgende Marschroute wurde den Verbänden empfohlen:

„Der Kongress trägt als Hauptaufgabe die Erreichung guter Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dazu bedarf er aber großer, stabiler Mitgliedschaften und genügender Kassenmittel. Diese zu erlangen, empfiehlt der Kongress den Gewerkschaften, entsprechend hohe Beiträge anzulegen, um den Mitgliedern Kranken- und Sterbegeld, sowie Hebelkosten- und Reise-Unterstützung gewähren zu können. Da die geistliche Arbeiterversicherung für alle Beschäftigte keine Garantie bietet, ist Stellung der Gewerkschaften auf geeignete Unterstützungsgesellschaften Bedacht zu nehmen. Da die Zahlung freiwilliger Unterstützung nur als Mittel zum Hauptzweck

der Gewerkschaften dienen soll, sind besondere Rassen-
einrichtungen thörichtest fernzubalten, damit alle Selber
der Gewerkschaft zu jeweiliger Aufgabe zur Verfügung
stehen. Besondere Rassenrichtungen sind nur da zu
schaffen, wo es die Verhältnisse absolut bedingen."

Zur „Neutralitätsfrage“ hatte der vorige
Kongress in Frankfurt a. M. einen Ausschuss
mit der Regelung beauftragt und dieser
präsidierte seine Stellung wie folgt:

„Wir erklären es als selbstverständlich und mit
Nachdruck, daß wir nach wie vor in Durchführung
der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze
als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller
Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitliche Or-
ganisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel,
doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in
ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht
widersprechen. Da unter den obwaltenden Verhält-
nissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften aus-
geschlossen erscheinen, halten wir an dem auf dem
ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Mainz
aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere
christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und poli-
tisch unparteiisch auf christlicher Grundlage bestehen
sollen.“

Mit 39 gegen 11 Stimmen wurde dieser
Erklärung zugestimmt und erscheint damit diese
Frage vorläufig erledigt.

Die evangelischen Arbeitervereine
hielten in Speyer ihren Delegiertenkongress ab,
und ist es da zu einer Spaltung derselben ge-
kommen. Es drehte sich um den Eintritt in
berufliche, gewerkschaftliche Organisationen.
Ein Referent Wachsmann-Erfurt rief dringend
ab, in die freien Gewerkschaften einzutreten,
die Mitglieder könnten höchstens einem christ-
lichen oder hiesig-dunklerischen Gewerksverein
angehören und beantragte entsprechende Reso-
lution. Doch wurde die Resolution der
national-sozialen Richtung angenommen, welche
lautet:

„1. Die Delegiertenversammlung erkennt die Not-
wendigkeit der beruflichen Organisation der Arbeiter
an. 2. Es ist nicht Aufgabe der evangelischen Arbeiter-
vereine, berufliche Organisationen (Gewerkschaften) ins
Leben zu rufen oder gar den gewerkschaftlichen Kampf
selbst zu führen. 3. Den Mitgliedern der evangelischen
Arbeitervereine wird dringend empfohlen, sich,
soweit es für sie erforderlich ist, Gewerkschaften an-
zuschließen, unter Ausschl. statutarisch oder prinzipiell
partei-politischer Gewerkschaften. In jedem Falle haben
sie stets für die Neutralität der Gewerkschaften zu
wirken. 4. Es bleibt den einzelnen Verbänden und
Distriktsvereinen überlassen, ihren Mitgliedern ihre Organi-
sationspflicht einzuschärfen und die Entscheidung über
den Anschluß an eine bestimmte Organisationsform
zu treffen.“

Als dann noch ein anderer Streit mehr
nebensächlicher Natur dazu kam, verließen die
Vertreter der Bochumer Richtung, die ohne ge-
werkschaftliche Organisation bleiben wollen,
demonstrativ den Saal. Der Verband zählte
bislang ca. 80 000 Mitglieder und verliert
durch diesen bewiesenen Fortschritt etwa
30 000 Mitglieder.

Die in Vorstehendem kurz skizzierten Ver-
handlungen der diversen Generalversammlungen
haben so manches für die Arbeiterschaft br-
sprießliche geschaffen, was Wunder, daß die
Herren Schwarzmaier klagen und jammern; so
äußert sich die „Post“:

„Die vielen Kongresse, die zu Pfingsten an ver-
schiedenen Orten des Reiches stattfanden, haben das
Eine gezeigt, daß die Arbeiterorganisationen mächtig
fortschreiten und nach einem Rekrutationsdrange
streben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es schließlich
zu einem Zusammengehen der verschiedenen Organi-
sationen auf neutraler Grundlage kommt. Die christ-
lichen Gewerkschaften, in denen das /arholische Element
das Übergewicht hat, sind geneigt, zu einem
Zusammengehen mit anderen gewerkschaftlichen Organi-
sationen bereit. Ebenso hat ein Teil der evangeli-
schen Arbeitervereine sich für ein derartiges Ver-
einhandgehen erklärt.“

Und die „Kreuzzeitung“ jammert:

„Mit dieser Wendung der Dinge kann die Sozial-
demokratie ebenfalls zufrieden sein. Einweilen
hat sie erreicht, was nach der Stellungnahme Debis
zur „Neutralisierung“ der Gewerkschaften vor etwa
einem Jahre — irgend erwartet werden konnte. Die
„Christlichen Arbeitervereine“, evangelische wie katho-
liche, sind ihm richtig „auf den Sam gegangen“.

haben sich durch das anscheinend unpolitisch-harmlose
„Programm“ der Gewerkschaften über deren wahres
Wesen täuschen lassen und sind im Begriff, sich ihnen
„brüderlich“ zu nähern — genau so, wie es Debis
vorausgesehen hatte.“

Ob Christ oder Heid, Jud' oder Türk',
ob politisch roth, schwarz, weiß oder blau ge-
färbt, die Arbeiter sollten stets einig sein in
der Eringung guter Lohn- und Arbeits-
bedingungen, wie die Anhänger der „Post“,
„Kreuzzeitung“ zc. es sind, in der Bekämpfung
der hierauf abzielenden Bemühungen.

— Die Hinzuziehung eines einer
Kranken-Kasse nicht zugehörigen
Arztes ist einem Angehörigen der
betreffenden Kasse bekanntlich zwar
in „dringenden Fällen“ gestattet,
leider handeln aber, wie allgemein bekannt,
in diesem Punkte die Rassenverbände häufig
recht wenig human, was dann naturgemäß in
den Reihen der Rassenmitglieder Mißstimmung
und Erbitterung hervorruft. Um so mehr ist
es anzuerkennen, wenn durch eine jüngst er-
gangene Entscheidung des badischen Verwaltungs-
gerichts das Vorhandensein eines „dringenden
Falles“ sogar bei Zahnschmerzen anerkannt
worden ist. — Der Kläger hatte eines Abends
zu einer Zeit, als die zur Behandlung der
Rassenmitglieder verpflichteten Zahnärzte, resp.
zahnärztlichen Institute keine Sprechstunde mehr
hielten, einen anderen Zahnarzt aufgesucht,
und dieser hatte dem von fürchterlichen
Schmerzen Gepeinigten nur dadurch helfen
können, daß er ihm einen Zahn auszog und
an drei anderen sofort eine Netzung vornahm.
Da die Kasse sich weigerte, die entstandenen
Kosten von 9 Mark dem Rassenmitgliede zu
vergüten, so kam es zur Klage vor dem Ver-
waltungsgericht, das die Kasse zur Erstattung
der Kosten verurteilte.

In den Gründen wird Folgendes gesagt:
„Auf die Ausführungen eines Sachverständigen,
daß Zahnschmerzen in der Regel nicht plötzlich,
sondern in langsamer Entwicklung auftreten,
konnte kein Gewicht gelegt werden, da es
immerhin nicht ausgeschlossen erscheint, daß
diese Schmerzen sich nach und nach steigerten
und gegen Abend einen unerträglichen Grad
angenommen haben. Daß der Kranke diese
Schmerzen vielleicht auch bis zum anderen
Tage, bis zum Beginne der Sprechzeit der
Rassenärzte, hätte aushalten können, wie die
betroffene Krankenkasse annimmt, kann nicht ent-
scheidend sein, denn ein dahin gehendes Ver-
langen würde dem humanen Geiste des Kranken-
versicherungsgesetzes zuwiderlaufen. Es kommt
gar nicht darauf an, ob der Erkrankte seiner-
seits den Fall für einen dringenden hält,
sondern auf die objektive Beschaffenheit der
Erkrankung. Aber auch in letzterer Hinsicht
entscheidet nicht etwa die Rücksicht auf die
Schwere oder den Ernst der Erkrankung, viel-
mehr ist die Dringlichkeit als eine zeitliche
Eigenschaft aufzufassen, d. h. es muß für den
Fall der Verzögerung der ärztlichen Hilfe-
leistung die Gefahr einer Verschlimmerung des
Leidens — sei es ein leichtes oder ein
schweres — oder der Verlängerung oder der
Steigerung der Schmerzen des Erkrankten zu
besorgen sein. Die Voraussetzungen, unter-
denen ausnahmsweise den Rassenmitgliedern
gestattet ist, sich der Hilfe anderer als der
Rassenärzte auf Kosten der Kasse zu bedienen,
sind also erfüllt, wenn die Besorgnis einer
Verlängerung oder Verschlimmerung der
Schmerzen vorliegt und nach Lage der Ver-
hältnisse den erkrankten Mitgliedern nicht zu-
gemuthet werden kann, zu warten, bis der
Rassenarzt zur Hilfeleistung angegangen werden
kann.“

Ein solcher Fall lag hier nach Aussage
des behandelnden Arztes vor, und aus diesem
Grunde war, wie geschehen, zu entscheiden. C.

— Die Tabakfabrikanten in Nord-
hausen verlangen à la Peene und Genossen
in Gräfenroda von ihren Arbeitern die Ver-
zichtleistung auf das Koalitionsrecht. 710 Ar-
beiter stehen dieserhalb im Auslande. Eine
Gewerkschafts-Versammlung hat nun den
Boycott über folgende Geschäfte beschlossen:
C. A. Aneiff, G. A. Hanewater, Berlin und
Donn, F. C. Berche, S. u. R. Wittig, Rothardt
u. Co., Steinhardt u. Hellmundt, Altenstadt u.
Bachrodt, G. Heberfen, Hendek u. Schumann,
Grimm u. Triepel, Walter u. Sevin, Saal-
feld, Stein. Auch eine stark besuchte Bürger-
versammlung in Nordhausen hat sich für die
Sache der Streikenden rüchhaltlos ausgesprochen.
Die diversen Kantabacke werden nicht von den
„besseren Volksklassen“ konsumiert, sondern wohl
ausschließlich von den Arbeitern. Und wenn
diese während des Boykotts auf den Genuß des
Nordhausener Fabrikats verzichten, dieses viel-
mehr wie Gift meiden, so dürfte doch wohl der
Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein.
Die Bekanntgabe des Boykotts ist die Haupt-
sache. Ein jeder Arbeiter, ob er „priemt“ oder
nicht, muß darauf achten, daß dieses boy-
kottirte Fabrikat ungelauft bleibt und damit
die Herren Tabakfabrikanten bewogen werden,
ihren Knebelrevers fallen zu lassen.

— Ueber die Entwicklung zum
Sozialismus sprach am 13. Juni im großen
Saale des Berliner Gewerkschaftshauses Eduard
Bernstein in 1 1/2 stündigem Vortrage. Wir
lassen nach dem „Vorwärts“ einen Urriß
seines Vortrages folgen:

Der Sozialismus, so begann Redner, heißt
auf politischem Gebiet Demokratie, auf wirt-
schaftlichem Kollektivismus, Kollektivwirtschaft.
Seine Voraussetzungen seien eine vorgeschrittene
industrielle Entwicklung, Ueberwiegen der
größeren, kapitalistisch geleiteten Betriebe, An-
sammlung der Bevölkerung in den Städten.
Es habe sich gezeigt, daß, wo die Bevölkerung
hauptsächlich Landwirtschaft treibe und zer-
splittert im Lande lebe, das Bedürfnis, der
Antrieb und die Handhaben zur Umwandlung
der Gesellschaft im sozialistischen Sinne fehlten.
Deutschland habe aber aufgehört, wesentlich
Landwirtschaft zu treiben, die Industrie habe
die Landwirtschaft überflügelt, 1895 lebten
bereits 42,5 pSt. der Bevölkerung von der In-
dustrie, nur noch 35,74 pSt. von Land-
wirtschaft. Auch Handel und Verkehr ent-
wickelten sich in größerer Steigerung als die
Landwirtschaft. In der letzteren läge das
Schwergewicht noch bei den Mittelbetrieben
(Klein-, Mittel- und Großbauern), in der In-
dustrie aber neige sich die Wage immer mehr
auf die Seite der Großbetriebe. Die Klein-
betriebe mit über 100 Personen hätten 1895
schon über 5,5 pSt. des gewerblichen Arbeits-
personals umfaßt. Indes seien weder Klein-
betriebe noch Mittelbetriebe der Zahl nach
zurückgegangen, es finden auch hier noch fort-
während Neubildungen statt. Redner führt
bafür einige Stellen aus den Artikeln des
Prof. Raabberg im „Archiv für Soziale Ge-
sellschaftslehre“ vor. Man müsse sich also vor
Uebertreibungen hüten. Immerhin seien schon
1895 zwei Drittel aller Erwerbsthätigen im
Gewerbe im Lohnarbeiter gewesen, wozu dann
noch die große Zahl von Kleingewerbetreibenden
komme, die infolge ihrer Einkommens- und
Abhängigkeitsverhältnisse faktisch zur Arbeiter-
klasse gehörten und sich auch meist ihr zugehörig
fühlten. Diese Schichten seien für ihre
bauernde Befreiung aus Mangelhaftigkeit und Ab-
hängigkeit auf die sozialistische Umwandlung
der Gesellschaft angewiesen. Die Technik und
die objektiven Wirtschaftsverhältnisse allein
würden keine neue Welt zum Sozialismus
aber das bewußte Eingreifen der Menschen
könne viel thun, die Entwicklung in dieser

Richtung zu beschleunigen. Die Arbeiterklasse kämpfte heute in drei großen Abteilungen: Gewerkschaft, Genossenschaft und politische Partei, und jede von ihnen bedürfte dabei der beiden andern, Gewerkschaften und Genossenschaften hätten große Aufgaben und Möglichkeiten, größer als wir sie uns früher vorgestellt hätten, aber bei alledem seien ihre Möglichkeiten, aus Gründen, die Nedner genauer darlegt, begrenzt. Der wichtigste Kampf sei daher auf Erringung der Macht in Staat und Gemeinde, auf Erlämpfung und Ausnutzung der Demokratie gerichtet. Wie ständen nun hier die Aussichten? Vielfach begegne man in dieser Hinsicht einer ähnlichen Auffassung wie die wirtschaftliche Verebendungslehre: einer politischen Verebendungslehre, die eine steigende politische Reaktion voraussetze. Es spreche aber sehr vieles gegen sie. Der allgemeine Gang der Entwicklung zeige vielmehr eine Abnahme der Widerstandskraft der Reaktion. In dem Maße, als die Arbeiterklasse an Zahl und sozialer Bedeutung wachse, ihre Organisationen sich ausdehnten, wachse auch die Zahl derer in den Reihen der Gegner: die die Notwendigkeit von Zugeständnissen einsehen. In außergewöhnlichen Fällen ständen sich die Gegner wohl immer wieder zur reaktionären Masse zusammen, aber mit abnehmender Kraft, und bald trieben gegenseitliche Interessen sie wieder auseinander — darunter gerade auch der Streit um die Kosten der Zugeständnisse an die Arbeiter. Auch die moralische Kraft der Reaktion, der Glaube an sich selbst, sei in Abnahme.

Die Politik der Arbeiterklasse müsse es nun sein, die Gegensätze unter den Gegnern für die Förderung ihrer Interessen, für die Gewinnung immer neuer Positionen auszunutzen. Manche Gelegenheiten böten sich da. Nedner erinnert an den Fall Millerand. Ob Millerand oder seine Opponenten im konkreten Fall recht gehabt hätten, solle unerörtert bleiben, weil dies ein sehr genaues Eingehen auf Einzelheiten erfordere. Aber prinzipiell sei zu bemerken, daß man bei solchen Gelegenheiten sich nicht nur zu fragen habe, ob es opportun sei, von einer Möglichkeit Gebrauch zu machen, sondern auch, ob man überhaupt das Recht habe, respektive es verantworten könne, eine sich bietende Möglichkeit zu verkürzen. Der Fall Millerand biete übrigens manche Ähnlichkeiten mit dem Vorgehen Cassalles, über dessen Richtigkeit ja auch große Meinungsverschiedenheiten unter Sozialisten besteht.

In Preußen sei die Arbeiterklasse durch das Dreiklassen-Wahlrecht in Staat und Gemeinde beengt, und es müsse daran gegangen werden, dieses Hemmnis zu beseitigen. Daß die Wahlenthaltung nicht zum Ziel führt, ist allgemein zugeben, was mit der Wahlbeteiligung erzielt werden kann, müssen wir noch sehen. Jedenfalls dürfe man sich nicht auf sie beschränken, sondern müsse, wenn die Zeit der Wahl kommt, auch alle andern Mittel der Demonstration mit Energie und Nachdruck in Anwendung bringen. Man verweise ihn vielleicht auf die Erfahrungen in Sachsen, wo der umgekehrte Effekt erzielt worden sei. Er müsse aber fragen, ob seiner Zeit in Sachsen auch wirklich alles geschehen sei, was gegenüber der Entziehung des Wahlrechts am 1. März war. Ein Volk dürfe sich in manchen Ländern. Es sei manchmal langes Harren erforderlich, um ein berechtigtes Recht zu verlangen, viel Geduld, bis ein vorerhaltenes Recht erzwungen wird. Aber ein Recht, das es schon besitzt und ausgeübt hat, sich wieder nehmen lassen? Das dürfte ein Volk nicht, das müsse es mit Ausbleibung aller Mittel Energie zu verhindern suchen. (Beifall.) Dabei wolle Nedner darüber nicht länger aburtheilen. Seine Ueberzeugung aber sei, daß

vor der wachsenden Kraft und sozialen Bedeutung der Arbeiterklasse auch diese Schranken fallen werden, wenn mit Umsicht und Energie an ihrer Beseitigung gearbeitet werde. Der Weg der Befreiung der Arbeiterklasse sei kein Weg ununterbrochener Erfolge, aber im ganzen zeige er doch, wie kleineren Siegen immer größere Siege folgten, und durch Siege zum Sieg, daß sei die Bewegungslinie, die uns die Entwicklung zum Sozialismus verbürgt.

Der Prediger Hülle, der Leiter des Christlichen Zeitungsverbands ist gestorben. Mit diesem Gottesmann, der ich der Begünstigung hoher Kreise erfreute (er allein durfte seine Schriften in allen Kasernen kolportieren) und die Welt mit frommen Traktaten gesandt machen wollte, ist ein geifernder Feind der Arbeiterklasse dahin gegangen. Das Jugthausgesetz war eines seiner Ideale, das bezeichnet seine Gesinnung am besten.

Das Berliner Gewerkschaftshaus hat seinen 1. Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Bureaus desselben wurden am 1., das Restaurant am 14. April, die Herberge am 7. Mai 1900 eröffnet. Die Bilanz weist ein Grund- und Gebäudekonto von 1 502 485,32 Mfl. auf, im Ganzen an Aktiven 1 822 616,67 Mfl. Nach Abzug der Passiven (Einsparung der Gesellschafter 72 500, Hypotheken 1 139 850 und Kreditoren 409 356,80 Mfl.), verbleiben 909,87 Mfl. als Gewinn. Die Herberge mit 196 Betten wurde vom Mai bis Dezember von 8670 Durchreisenden in Anspruch genommen, die Uebernachtungen betrugen 38 745. Wäber wurden 12 820 genommen und in 228 Fällen trat der Desinfektionsapparat in Thätigkeit. Vereinnahmt wurden 20 126,04 Mfl.

Saalbauverein zu Waldenburg. Auf der diesjährigen Versammlung des Bergarbeiterverbandes zu Kassel gelangte auch die Thatsache zur Besprechung, daß den Verbandsmitgliedern, ebenso wie den anderen organisierten Arbeitern des Waldenburger Kohlenreviers seit nahezu einem halben Jahre kein Versammlungstotal mehr zur Verfügung steht. Wenn man mit Recht in Erwägung zog, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß diesen unwürdigen Zuständen, die den selbstbewußten Arbeiter gewissermaßen zum Staatsbürger zweiter Klasse stempel, ein Ende gemacht werde, so ist es daneben doch erste Pflicht der Arbeiter, auf Selbsthilfe zu sinnen. Ob die Regierung sich aus freien Stücken ins Mittel legt oder auch nur den Schwirren freie Hand läßt, womit den Arbeitern auch schon genügt wäre, ist sehr die Frage. Jedenfalls hat die Erfahrung gelehrt, daß die Regierung am ehesten geneigt ist, von der patriarchalischen Bevormundung zu lassen und der Arbeiterschaft in ihren berechtigten Bestrebungen nach besserer wirtschaftlicher Lage freie Hand zu geben, wenn sie sich dem unbedingten Willen einer geschlossenen Masse gegenüber sieht. Der Saalbauverein schlägt gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe. Er will den Arbeitern die Mittel verschaffen, sich selbst ein Versammlungstotal zu erwerben und sich so von den Gewerkschaften unabhängig zu machen, und dann zeigt er auch den Behörden und der Regierung, daß es den Arbeitern mit ihrem Vormarschreden ernst ist. Der Saalbauverein hat sich, und dieses ohne jede Agitation in Versammlungen, durchaus glücklich entwickelt. Die Zahl der Mitglieder beträgt bereits über 300, es sind 204 Geschäftsanteile voll eingezahlt und das vorhandene Vermögen hat 3000 Mfl. übersteigt. Innerhalb ist die Weiterentwicklung durch die Unmöglichkeit, eine Versammlung abzugeben und in ihr den besten Massen Zweck und Ziele des Vereins auseinander zu setzen, sehr erschwert. Um so mehr ist es Pflicht jedes aufgeklärten Arbeiters, sein Scherflein zum Gelingen des guten Wertes beizutragen und nicht erst zu warten, bis die Vertrauenskrise an den Knäuel erinnert. Die Zeiten sind längst, die gute Geschäftslage ist vorüber und gerade bei den Porzellanarbeitern fragt man seit lange über eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und mehr als unannehmlliche Löhne. Das muß ein Ansporn sein, desto sparsamer zu sein, um eher ein eigenes Total zu haben. Ohne Total keine Agitation, ohne Agitation keine Umänderung auf die indifferenten Massen, ohne letztere Zusammenbruch der Arbeiterschaft keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Deshalb immer mehr die Mitgliederzahl. Man hat 600 Mitglieder, die den Saalbauverein unterstützen, wie man bei anderen organisierten Arbeitern des Waldenburger Reviers müssen zu schreien hören, mit der Laterne zu gehen, bis man sich von dem Saalbauverein hat getrennt. Es ist bei den geringen

Verwaltungsansgaben auf eine größere Verzinsung der Einlagen zu rechnen, wie in der Sparkasse.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die vorübergehende Belebung des Arbeitsmarktes zu Beginn des Frühjahrs hat schnell dem weiteren Rückgang Platz gemacht. Während sonst der Mai eine Zunahme der Beschäftigten bringt, zeigt er in diesem Jahre nach der Verichterstattung der Arantentassen, (soweit sie an den von Dr. Jastrow herausgegebenen „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, Abnahme von — 0,1 pCt. (gegen + 2,2 pCt. 1900). Um so rascher ist das Angebot an den Arbeitsnachweisen gewachsen. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 145,9 Arbeitssuchende, gegen 106,6 im Vorjahr. Speziell an Metallarbeitern kamen in Stuttgart auf 100 offene Stellen sogar 185,4 Arbeitssuchende gegen 103,3 im Vorjahr. In Mannheim wurden 15 Schlosser gesucht, gemeldet haben sich 197! In Karlsruhe finden Arbeiter in der Eisenbranche gegenwärtig überhaupt keine Stellung. Der allgemeine Rückgang wird noch beschleunigt durch die ungünstigen Aussichten in den nächsten Monaten. Die in weiten Theilen des Reiches zu erwartende Mißernte läßt mit Sicherheit auf eine Verringerung des Konsums der landlichen Bevölkerung schließen. Erstrauchliche Momente, wie die einstweilige Beendigung der chinesischen Wirten, vermögen die Unternehmungslust nicht anzuzugehen.

Versammlungsberichte etc.

Berlin-Moabit. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, die 15 pCt. p. o. 2. Quartal der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen. Es bewilligte sich im Anschluß hieran eine Diskussion über diese 15 pCt. überhaupt und war man allgemein der Ansicht, daß der Beschluß der General-Vers. in Bezug auf Rudolfstadt bezüglich dieser 15 pCt. ein ungl. über war. So manche Ratshelpe verbrachte diese Gelder zu Zwecken, die sich durchaus nicht rechtfertigen lassen, und es sei zu wünschen, daß die nächste General-Versammlung den Beschluß aufheben und dadurch der Verbandskasse eine nicht unerhebliche Stärkung verschaffe. Für die Rudolfstädter Verantwortlichen bzw. deren Familien wird eine Sammlung eingeleitet.

Sachsen. In der am 15. Juni stattgefundenen Versammlung wurde es als ganz selbstverständlich betrachtet, daß dem Ansuchen des Vorstandes, betreffend die Abklopfung der aus den Einnahmen des zweiten Quartals sich ergebenden 15 pCt. an die Hauptkasse Folge zu leisten sei und wird demgemäß auch beschlossen. Der Ratshelpebericht erstattet sodann in ausführlicher Weise Bericht und weist ganz besonders auf die im November dieses Jahres stattfindende Wahl der Gewerkschaftsmitglieder hin. Des Weiteren kommt zur Sprache, daß in Folge vollständiger Umänderung der Betriebs-einrichtung in der Budauer Porzellan-Manufaktur eine größere Anzahl Mitglieder beiderlei Geschlechts haben feiern müssen und zwar haben die davon Betroffenen ein bis fünf Wochen, je nach ihrer Beschäftigungsart, aussetzen müssen. Es wird beschlossen, für diese Mitglieder die Befreiung von den Beiträgen während ihrer Beschäftigungslosigkeit zu beantragen. Dem Rudolfstädter Gewerkschaftsratel werden zur Unterstützung der Familien, deren Ernährer der Streikbewegung bei der Firma Schäfer u. Vater zum Opfer gefallen sind, 10 Mark bewilligt. Ferner wird die Angelegenheit des Genossen Papp-Johann besprochen. Es soll nunmehr in dieser Sache gegen die Firma Gebr. Carstens-Reustadt Klage beim Gewerbegericht angestrengt werden. — Die nächste Versammlung findet am 20. Juli, Abends 8 Uhr bei Westphal, Westphalstr. 14, statt.

Kronau. Die am 8. Juni abgehaltene Versammlung wurde um 8 1/2 Uhr eröffnet. Das Protokoll der letzten Versammlung wird nach einer kurzen Besprechung angenommen. Das Verzeichnis der Mitgliederliste ergab es von 108 Mitgliedern, nur 32 anwesend waren. Für die 7. Arbeit Genewalder Weber wurden von Seiten der Verwaltung 10 Mfl. nach dort geschickt und wird dies in der Versammlung mitgeteilt, was von letzteren gutgehoben wurde. Die reichhaltige Bibliothek wurde sehr sorgfältig in Anspruch genommen. Die Angelegenheit bei der Firma Bauer u. Rosenhalm kam ebenfalls wieder zur Sprache und wird in dieser Sache vom Vorstand mitgeteilt, daß das an die Firma geschickte Schreiben, in welcher um eine mündliche Unterredung zwischen obgenannter Firma und einer hochschätzlichen Person ersucht wurde, bis jetzt unbeantwortet geblieben ist. Es wird beschlossen, den Hauptvorstand Herron in Kenntnis zu setzen. Bei Punkt „Beschwerden“ wird von der Verwaltung die Beschwerde eingeleitet, daß die letzten Wähler eine große Zahl von Mitgliedern an den Tag legen, indem dieselben es nicht für richtig halten, weder an ein Ausschüttung noch an eine Versammlung teilzunehmen. Besonders wurde die Durchführung einer solchen Maßnahme für notwendig gehalten. Es wurde beschlossen, die beiden Bel-

Nach ihres Amtes zu entledigen und erfolgte hierauf die Neuwahl von zwei Beisitzern. Daß es gerade in unserem schwarzen Winkel, wo Unternehmer und Arbeiter fortgesetzt auf dem Kriegsfusse stehen, notwendig wäre, sich um seine eigenen Interessen besser zu kümmern, liegt gewiß klar auf der Hand. Leider muß konstatiert werden, daß viele unserer hiesigen Mitglieder dies nicht für nötig halten, was ja schon aus dem Versammlungsbesuch hervorgeht. Besonders wurde in der heutigen Versammlung der Indifferentismus des Malerpersonals der Firma Gebr. Kühnlenz gerügt. Von dem 16 Mann starken Personal war auch nicht ein einziger anwesend. Es wurde sehr bedauert, daß es heutzutage noch Mitglieder gibt, welche für ihre Arbeiterschaft nicht das geringste Interesse an den Tag legen. Nachdem noch einige Anträge zur Erledigung gebracht worden, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Leipzig. Die letzte Zahlstellenversammlung konnte erst nach langem Warten auf die Mitglieder abgehalten werden. Der Bericht des Kassiers über den Kassenabluß pro 1. Quartal wird entgegengenommen und Decharge erteilt. Ein Zirkular des Gewerkschaftsstellens Rudolstadt bezugs Unterstützung der Familien der zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Straftäter wird verlesen und werden 5 Mk. bewilligt. Der Antrag des Zentralvorstandes pro 2. Quartal, die 15 pCt. einzufenden, wird zur Kenntnis genommen und geht die Meinung der Versammlung dahin, daß der Vorstand diesmal sehr Recht gehandelt habe. Oftmals würden diese Gelder zu Zwecken verwendet, die nicht zu billigen wären und da wäre es überhaupt praktisch, die Gelder innerhalb der Organisation zu verwenden. Der flane Versammlungsbesuch wird kritisiert und getadelt; sogar Kollegen, die das Vertrauen der Zahlstelle genossen und zu Ämtern in derselben gewählt worden sind, schwänzen die Versammlungen. Namen sollen nicht genannt werden, weil erwartet wird, daß es das letzte Mal notwendig ist, daß öffentlich über den schlechten Versammlungsbesuch geschrieben wird. Denn nicht nur die Beitragszahlung bedeuete die Erfüllung seiner Pflicht gegenüber der Organisation so wenig, als wenn die Mitglieder sich der Organisation nur bei Unstufungs-führungsbedürftigkeit erinnern würden. Der Verband soll auch eine Kampforganisation sein und welche besonders für hiesigen Ort sehr am Platze sei; es müsse jeder Einzelne natürlich auch in jeder Weise seine Pflicht erfüllen. Es wurde auch über den Meißner Vorschlag bezüglich Bezirksteilnahme etc. diskutiert und kam die Ansicht zur Geltung, daß derselbe ganz zwecklos wäre. Man war der Ansicht, daß dieser Vorschlag wohl wieder Anlaß zu einer unliebsamen „Affaire“ geben könnte, die der Organisation nur schaden würde und deshalb sei es nötig, so wenig wie möglich dem Vorschlag beizutreten. In der Erwartung, daß die nächste Versammlung pünktlich und im Beisein aller Mitglieder eröffnet werden kann, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

Nürnberg. Die Zahlstelle beschloß, den Betrag der 15 pCt. pro 3. Quartal der Hauptklasse zu überwiesen.

Literarisches.

— Wer kennt nicht den griechischen König Menelaus und seine tugendhafte Gemahlin, deren Geschichte Offenbach in seiner lustigen Operette „Die Schöne Helena“ so treffend glosstet hat? Diese beiden typischen Vertreter ihrer Klasse leben neu auf in Alexander von Serbien und dessen hülber Chegeponstin Draga und führwahr, wir müssen dem witzigen Karikaturisten des „Süddeutschen Postillon“ recht geben, wenn er im Titelbilbe der Nr. 12 genannten Blattes, dem Chor der Componisten die Worte in den Mund legt: „Gott sei Dank, endlich mal ein Stoff für eine Operette.“ Diese Nummer bringt außerdem noch recht beachtenswerte Beiträge, so das doppelseitige Bild „Banngermanischer Hundstags-Koller“, ferner ein lustiges Gedicht aus dem Handwerksburschenleben, poissend illustriert von J. Stähler.

Zahlreiche teigliche Beiträge in Poesie und Prosa machen diese Nummer zu einem wirkungsvollen Ganzen, so daß wir deren weiteste Verbreitung nur empfehlen können.

— „Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 18 des 4. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Die Neutralitätsfrage auf Gewerkschaftskongressen. Arbeitsnachweis und Arminialität. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Lohnverabreichungen. Rückgang der Löhne im ersten Halbjahre 1901. Kongresse); Eisen-gewerbe (Ausführungsvergütungen des Reichs-Eisenwerks. Arbeiterentlassungen in Rheinland-Westfalen); Seilen- und Seiden (Überproduktion und Konkurrenz); im Zementgewerbe. Lage der Spinnereigewerbe; Textil-gewerbe (Lage im Elsaß und in Baden. Streikende Weber in Lunenburg. Lohnreduktion bei den Färbere-

im Wupperthale); Tapezierarbeiten (Lage der Gehilfen in München). — Situationsberichte aus Plätzen und Ländern: Berlin. — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht, Arbeitsnachweise, Krankentassen. Streik-verzeichnis für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsnachweis und gewerbliche Stellenvermittlung im Württembergischen Landtage. Schreibernachweis in Hamburg. Inseraten-wesen. — Lehrlingswesen. Erziehungsfragen: Muster-Vertrag für weibliche Handlungslehrlinge in Königs-berg. Erziehungsfolge an der verwahrlosten Jugend. — Literarische Neu-Erscheinungen. — Beilage: Mit-gliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Mai 1901.

Briefkasten.

Hausen. Versammlungsanzeige für den 16. Mai ging erst Mittwoch hier ein, das nächste Mal einen Tag früher abenden, bitte! — H. Das war, wenn ich nicht irre, Göppingen. Hast Du Briefmarke beigelegt? Bezüglich der Veröffentlichung bitte die Verwaltung zu-nächst zu verständigen. Man ist dort nicht immer einig bei so etwas. — Zu beneiden wirst Du nicht sein, es ist eben ein Jammerthal. Was ist das für ein Artikel? Gruß. — Rob. Hoheisel. Geben Sie Ihre Adresse an, es liegen Briefe für Sie hier. In Schönwald können Sie nach einer Karte sofort in Arbeit treten.

— Zur Unterstützung für die Angehörigen der inhaftierten Rudolstädter Porzellan-arbeiter sind bisher folgende Gelder hier eingegangen: Von Porzellanarbeitern: Cumerich (Rhein) 3,—. Weiskammer 20,—. Rohlau (Elbe) 8,45. Plawe 9,55. Berlin II 25,—. Pöschappel 15,—. Char-lottenburg 10,—. Nehau 10,—. Kloster Beptra 16,20. Jlimenau 10,—. Oberhofen 4,60. Neustadt i. S. 3,—. Köln-Ohrenfeld 15,—. Elgersburg i. Th. 3,—. Höhen-berg 6,40. Oberhöndorf 20,—. Mitterteich 9. Perns-dorf S. A. 25,—. Coburg 10,—. Gerbereiarbeiter: Nehau 2,—. Maurer: Rudolstadt (Liste 8) 7,40. Gewerkschaftsstellens: Nürnberg 50,—. Jena 10,—. Mühlensarbeiter: Altenburg S. A. 6,—. Central-verband der Brauer: Hannover 50,—. Mt. Summa 348,60 Mt.

Im Namen der Angehörigen besten Dank, weitere Beiträge nimmt entgegen der Vorsitzende des Gewerkschaftsstellens in Rudolstadt Joh. Schumacher, Innere Weimarer Gasse.

Sterbetafel.

Tettau. Georg Müller, Porzellanmaler, geb. 5. Septbr. 1863 in Langenau, gest. 5. Juni 1901 an der Porzellinerkrankheit. Krankheits-dauer 11 Monate.

— Gustav Bätliner, Porzellanmaler, geb. 19. August 1879 in Bickertanne, gest. 9. Juni 1901 beim Baden ertrunken. Beide Verbands-mitglieder.

Frankfurt a. O. Gust. Eiler, Dreher, geb. 3. Mai 1852 zu Sophienau, gest. 18. Juni 1901 an Herz- und Lungenleiden. Regier-Krank-hettsdauer 2 1/2 Jahr. Verbands- und Beihilfefonds-mitglied.

Kloster Veßra. Ludwig Köhlig, geboren 25. Juni 1882, gest. 5. Juni 1901 an der Zucker-ruhr. Krankheitsdauer 20 Wochen.

Tiefenfurt. Pauline Reiche, Wappstickerin, geb. 3. Oktober 1867 zu Heiligensee, gest. 3. Juni 1901 an Lungen- und Rippenfellent-zündung. Krank. 14 Tage.

Elberfeld. Christ. Jauch, geb. 29. November 1873 zu St. Georgen (hiesigen Schwarzwalde), gest. 1. Juni 1901 an Lungenentzündung. Ehre ihres Andenken.

Adressen-Nachtrag.

Bayreuth. Schriftf.: Rich. Lehmann, Maler, Schulstr. 17.

Elsterwörda. Vorf.: Herm. Giesecke, Maler, Büchla.

Frankfurt (Main). Schriftf.: Wth. Küh-n-len, Offenbach a. M., Alleebr. 38.

Gräfenhain. Vorf.: Ernst Nischenbach, Ober-bruf, Glöcknerstr. 29. Kass.: Karl W. Schö, Dis-triktsstr. 57. Neuf.: Aug. Wolf, Draisstr. 130.

Jlimenau. Schriftf.: Karl Born, Maler, Mühl-thor 3.

Kronach. Vorf.: Konrad Eberhardt, Maler, Klosterstr. Jul. Gausel, Dreher, Lindenstr.

Waldasson. Vorf.: Georg Seiwitz, Car-nikensstr. Neuf.: Engelbert Rosner, am Bahnhof.

Weiskammer. Vorf.: Max Kötter, Dreher, Rudolstadtstr. 4. Neuf.: Bruno Dierck, Maler, Schützenpl. 2.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 25. Juni Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

München. Sonnabend, 22. Juni im Vereinslokal. Sehr wichtige Tages-Ordnung.

Blankenhain. Sonnabend, 29. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Zahlreich erscheinen.

Freienortla. Montag, 22. Juni, Abends 8 Uhr im Saalthal zu Raschhausen.

Jlimenau. Sonnabend, den 29. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Zur schönen Aussicht“.

Nürnberg. Sonnabend, den 6. Juli im „Felseder“, Ecke Felseder- und Fabrikstraße.

Probstzell. Sonntag, 23. Juni, Nachmittags 3 Uhr in der Gastwirtschaft von Emil Heinz. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Reichenbach. Sonnabend, 22. Juni, Abends 8 Uhr im Hofner'schen Lokal. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen, da Wichtiges vorliegt.

Anzeigen.

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.



Goldschmied
goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Nettmann, Stadtlm, Thür.

Glomkes Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Eisenbahn- und Wegkarte von Deutschland u. ang. Ländern. 356 Seiten geb. 1,20 Mt. Zu beziehen durch alle Buchhlg. oder gegen Eins. 1,40 Mt. von **G. Glomkes Verlag, Siefeld.**

Die Zahlstelle Berlin-Moabit feiert am 22. Juni dieses Jahres ihr

31. Stiftungsfest

im dem Lokal „Arminushallen“, Bremerstr. 72 Gesänge und komische Vorträge, Tanz etc. Die organi-sierten Porzellanarbeiter von Berlin, Charlottenburg und Umgegend werden ersucht, sich daran beteiligen zu wollen. Billets sind bei den Zahlstellen-Verwaltungen zu haben.

Maue.

Sonntag, den 23. Juni

Sommer-Fest

im Rippesrodaer Hölzchen. Abmarsch 2 Uhr vom Gast-haus „Zum Adler“. Die Mitglieder nebst Familie hiesiger, sowie umliegender Zahlstellen sind hierdurch freundlichst eingeladen.

Die Verwaltung.

Althaldensleben. Die hiesigen Mitglieder mache ich hiermit nochmals aufmerksam, daß, wer bis zum 20. Juni seiner Pflicht dem Verbands gegenüber nicht nachkommt, seiner Rechte verlustig geht und die §§ 6 und 8 des Statuts in Kraft treten.

Otto Wagner.

Arbeitsmarkt.

Ein in Hand, Staffage, Fond, Ausblotzen von Blumen u. geübter Maler sucht Stellung, am liebsten in einem Emaillewerk. Offerten unter O. W. an die Redaktion.

Für die Schweiz ein

Maler und eine Buchdruckerin

ersterer sucht in Schrift, Bäumen und Wald für sofort gelochte Ausschleibende Offerten unter M. i. Zürich an die Redaktion des „Arbeitsmarkt“.

Kamenz. Den Bewerbern besten Dank. Die Stelle ist besetzt.

Fr. S. Gieser.